

## AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG, LANDESAMTSDIREKTION

1014 Wien, Herrngasse 11-13

Parteienverkehr Dienstag 8-12 Uhr  
und 16-19 Uhr

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 1014

An das  
Bundesministerium für Handel,  
Gewerbe und IndustrieSchwarzenbergplatz 1  
1011 Wien

Beilagen

LAD-VD-7304/23

Bei Antwort bitte Kennzeichen angeben

Bezug

50.905/3-V/1/84

Bearbeiter

Dr. Wagner

(0 22 2) 63 57 11 Durchwahl

Datum

2197

27. März 1984

Betrifft

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Energielenkungsge-  
setz 1982 geändert wird

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, zum Entwurf einer Novelle  
zum Energielenkungsgesetz 1982 wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu Art. 2 Z. 1:

Die mit dieser Bestimmung normierte generelle Übermittlungs-  
verpflichtung erscheint im Hinblick auf das Grundrecht auf  
Datenschutz im Sinne des § 1 Abs. 1 des Datenschutzgesetzes  
bedenklich. Sollte vorgesehen sein, daß diese Bestimmung nur  
im Zuge der Bewältigung extremer Ausnahmesituationen zur An-  
wendung gelangen soll, so wäre dies vorzusehen. In der allge-  
mein gehaltenen Form des Entwurfes aber erscheinen Bedenken  
im Hinblick auf den Datenschutz angebracht.

Im übrigen ist dem Entwurf der Zweck der Übermittlung nicht  
zu entnehmen. Auch bleibt die den mit der Durchführung von  
Lenkungsmaßnahmen betrauten Organen in diesem Zusammenhang  
übertragene Aufgabe unklar.

Zu Z. 2 und 5:

Damit soll die Möglichkeit eröffnet werden, die sogenannte  
"stehende Reserve", d.s. alte Kraftwerke, in Betrieb zu nehmen.

- 2 -

Da dabei das Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz vorgesehen ist, wäre durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, daß es dadurch zu keiner Verzögerung kommt.

Schließlich wäre sicherzustellen, daß die im Rahmen der mit dem Bund abzuschließenden Immissionsschutzvereinbarung vorgesehenen Grenzwerte nicht überschritten werden.

Zu Z. 4, 8, 10 und 13:

Die hier vorgesehene Maßnahme, Stromverbraucher ohne weiteres Verfahren vom Strombezug auszuschließen oder die zur Verfügung gestellte Strommenge zu beschränken, erscheint im Hinblick auf das Vertrauen der Stromabnehmer auf die Stromlieferungsvereinbarung und die Monopolstellung der Elektrizitätsversorgungsunternehmen nicht unproblematisch.

Eine deutliche Aussage, daß ein solches Vorgehen, zumal ohne förmliches Verfahren, nur im äußersten Notfall gesetzt werden könne, und die nähere Determinierung der Anwendungsfälle erscheinen im Interesse der Rechtssicherheit geboten.

Dem Präsidium des Nationalrates werden u.e. 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme übermittelt.

NÖ Landesregierung  
L u d w i g  
Landeshauptmann

- 3 -

LAD-VD-7304/23

1. An das Präsidium des Nationalrates (25-fach)
2. an alle vom Lande Niederösterreich entsendeten Mitglieder des Bundesrates
3. an alle Ämter der Landesregierungen  
(zu Händen des Herrn Landesamtsdirektors)
4. an die Verbindungsstelle der Bundesländer

zur gefälligen Kenntnisnahme

NÖ Landesregierung  
L u d w i g  
Landeshauptmann

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung



